

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

58. Jahrg.

Abonnementpreis: Vierteljährlich 65 Pf., monatlich 22 Pf., ohne Postbestellgebühr. Nur Postbezug. Erscheinungstage: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. — Täglich 150 Nummern.

Leipzig, den 10. April 1920

Einzelgenpreis: Vereins-, Fortbildungs-, Arbeitsmarkt- und Todesanzeigen 20 Pf., die fünfgehaltene Zeile; Kauf-, Verkaufs- und alle sonstigen Reklamenzettel 60 Pf., die Zeile. Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 38

Weiteres zur Situation

X.

Die Vorgänge in der Gehilfenschaft seit dem 13. März

Wie verschiedentlich anderwärts, haben auch die in Ansbach in Betracht kommenden tarifstreuen Firmen — im Gegensatz zu den Gehilfen, die sich dem an sich mangelhaften Schiedspruch unterwarfen — erklärt, daß sie (übrigens auch gemäß den Abmachungen der Prinzipalsvereinigung) den Schiedspruch nicht anerkennen und somit die geforderte erhöhte Feuerungszulage nicht zu bewilligen vermögen, so daß sich die gesamte Kollegenchaft gezwungen sah, in der Frühe des 17. März in den Streik zu treten. Da auch die technischen Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen ihrerseits Forderungen auf erhöhte Feuerungszulagen stellten, die ebenfalls abgelehnt wurden, erklärten sich letztere mit den Gehilfen solidarisch und traten mit diesen gemeinsam in den Streik, so daß dieser ein vollständiger wurde. Da u. a. wegen der Lebensmittelmärkte, deren Herstellung die Gehilfenschaft ebenfalls verweigerte, auch die Kommunalverwaltung an dem Streik interessiert war, wurde vom ersten Bürgermeister alsbald der Versuch gemacht, eine Verständigung zwischen den beiden Parteien anzubahnen, in deren Verlaufe dann schließlich das Schiedsgericht angerufen wurde. Durch dessen Vermittlung kam es dann nach wiederholten Verhandlungen am 20. März zu einer Einigung der beiden Parteien, indem die Prinzipale erklärten, die Forderung der Gehilfenschaft auf Anerkennung des reichsarbeitsministeriellen Schiedspruchs zu bewilligen und damit den Schiedspruch selbst rückhaltlos anzuerkennen. Inzwischen trat auch die Mitteilung ein, daß die im Anschlusse von Verhandlungen im bayerischen Handelsministerium in München zu einer Tagung zusammenberufene Prinzipalsvereinigung den Berliner Schiedspruch als für ganz Bayern verbindlich erklärte. Infolge der brüchig erzielten Einigung einerseits, andererseits infolge der Willenserklärung der bayerischen Prinzipalsvereinigung wurde der Streik in Ansbach nach fünfägiger Dauer beendet und die Arbeit am 22. März wieder aufgenommen. Die erhöhten Feuerungszulagen sind nun in sämtlichen tarifstreuen Druckereien voll zur Einführung gelangt. Bemerkenswert sei noch, daß auch in Ansbach am 19. März der polnische Generallstreik erklärt und durchgeführt wurde.

Sum Abschlusse der Bewegung in Augsburg, die wir schon zusammenfassend skizziert, teilen wir wunschgemäß noch mit, daß 330 Kollegen und 140 Hilfsarbeiter am Streik beteiligt waren und daß dieser vom 16. bis 22. März andauerte. Die Wiederaufnahme der Arbeit erfolgte am 23. März.

In einer in Bingen a. Rh. abgehaltenen Mitgliedsversammlung der Druckerei Gau Algesheim, Ingelheim und Bingen am 21. März wurde Stellung genommen zu den Beschlüssen der Prinzipals- und Gehilfenvertreter des Tarifkreises III. Der Vorsitzende des Ortsvereins Bingen erläuterte die Situation, in die die Provinzkollegen innerhalb des Kreises durch die Frankfurter Beschlüsse geraten seien. (Die betreffenden Sätze sind im Bericht über Frankfurt a. M. enthalten.) Nachdem bereits tagsvorher einige Kollegen aus der Provinz in einer Mainzer Bezirksversammlung ihrem Standpunkt gegenüber den Frankfurter Beschlüssen unabweisig Ausdruck gegeben hatten, trat in der Binger Versammlung die ganze Erörterung der Provinzkollegen in Erscheinung. Es wurde betont, daß es wohl kaum ein ähnliches Beispiel in unserer Organisationsgeschichte geben dürfte, wo so offen auf Kosten der Provinz den Kollegen in der Großstadt eine materielle Besserstellung von „Tarifs wegen“ verschafft wurde, als es hier der Fall sei. Der Schiedspruch des Reichsarbeitsamts wurde einfach über den Haufen geworfen, denn nur durch Preisgabe der Höhe der Sätze für die Provinzdruckerei konnte überhaupt eine Verbesserung der Sätze für Großdruckerei durchgeführt werden. Nach eingehender Erläuterung wurde volle Einmütigkeit in allen Einzelheiten erzielt und betont, man dürfe sich diese Rechtsnachfrage unter keinen Umständen bieten lassen. Das den Gehilfen auf Grund des Schiedspruchs des Reichsarbeitsamts zustehende tarifliche Recht muß auf alle Fälle gewahrt werden. Es wurde über diese Forderung noch hinausgegangen durch Aufstellung der für Frankfurt vorgesehenen Sätze mit der Erweiterung, daß die erste Auszahlung bereits ab 1. März erfolgen solle. Ferner wurde einstimmig beschlossen, am nächsten Montagmorgen mit der Arbeit nicht früher zu beginnen, bis entweder eine schrift-

liche Zusage seitens der Geschäftsleitungen vorliege auf Anerkennung der Forderungen oder die Feuerungszulage in ihrer vollen Höhe sofort ausbezahlt werde. Diese Entschliebung wurde durch eine Komposition in den einzelnen Druckereien den Geschäftsleitungen am Montagmorgen übergeben, während die Kollegen „Gewehr bei Fuß“ standen. Nach kurzer Zeit fanden Verhandlungen zwischen den Prinzipalen bzw. ihren Vertretern und Vertretern der Gehilfenschaft statt. Die Binger Prinzipale erklärten sich schließlich bereit, die Frankfurter Sätze mit 40 bzw. 50 Mh. anzuerkennen, jedoch erst ab 14. März und nicht, wie gefordert, ab 1. März. Nach kurzer Beratung seitens der Gehilfen, und nachdem die Prinzipale auch einen weiteren Vorschlag auf Auszahlung der laut Schiedspruch festgesetzten 8,30 Mh. für die ersten beiden Märzwochen abgelehnt hatten, willigten die Vertreter der Gehilfenschaft auf volle Anerkennung der Frankfurter Lohnsätze ein, so daß die Binger Gehilfenschaft einschließlich Steinbrücker und Buchbinder ab 15. März 40 Mh., ab 12. April 50 Mh. Feuerungszulage auf den jetzigen Lohn erhält. Der Vertreter der Gehilfenschaft legte der Prinzipalität nahe, daß, nachdem die Gehilfen von ihrer Forderung in etwas zurückgegangen seien, es als eine soziale Last angesehen werden würde, wenn die Prinzipale einmal aus freier Entschliebung heraus ihren Gehilfen eine sogenannte Wirtschaftsbefehle bezahlen würden. Darauf wurde ihm seitens der Prinzipale erklärt, daß dies nicht ausgeschlossen sei und sich gegebenenfalls darüber reden ließe. Nach etwa anderthalbstündiger Arbeitsruhe wurde die Arbeit wieder aufgenommen.

In Frankfurt a. M. haben sich die Vertreter der Prinzipale und der Gehilfenschaft am 19. März infolge der durch den Generallstreik eingetretenen Unmöglichkeit, irgendwelche Informationen von den beiderseitigen Organisationsleitungen zu erhalten, vor die entscheidungsvolle Aufgabe gestellt, eine selbständige Regelung der gewerblichen Streitfragen für den ganzen Tarifkreis III zu treffen. Aus vorgang durchdachten Erwägungen heraus vereinbarten die Kreisvertreter die Einleitung von Kompositionen (unter Hinzuziehung von Vertretern der Provinzfürsorge) zu Beratungen mit der Maßgabe, daß die Prinzipalität in einer Kreisversammlung der tarifstreuen Firmen Richtlinien zu geben hätte, während die Frankfurter Gehilfenschaft in Verbindung mit dem Vorkommando und den örtlichen Vertrauensmännern die Beschlüsse der Kommission als verbindlich für den ganzen Kreis anzunehmen berechtigt sein sollte. Die Kommission einigte sich nach einer Vorberatung im Plenum auf folgender Grundlage, die bis zum Wiederaufnahmestritt des Tarifausschusses und vorbehaltlich ordnungsmäßiger Beschlüsse durch dieses Organ Geltung behalten soll: 1. Große Druckstädte (Frankfurt—Mainz—Wiesbaden) und Orte mit 17 1/2 und 20 Proz. Kohlaufschlag zahlen ab 15. März d. S. zu dem bisherigen Lohn 40 Mh. wöchentlich. Sollte bis zum 12. April der Tarifausschuss nicht zustimmend sein und ordnungsgemäß neue Beschlüsse gefaßt haben, durch die selbstverständlich unsere Kollegen aus der Notlage herausgeborenen Vereinbarungen aufgehoben werden, dann wird der Betrag um 10 Mh. wöchentlich erhöht. 2. Mittlere Druckstädte, Orte mit 10, 12 1/2, und 15 Proz. Kohlaufschlag (mit Ausnahme von Kassel, Friedberg, Homburg, Nauheim) ab 15. März 25 Mh., ab 12. April weitere 10 Mh. (somit 35 Mh.). 3. Die mittleren Druckstädte Kassel, Friedberg, Homburg und Nauheim ab 15. März 30 Mh., ab 12. April weitere 10 Mh. (somit 40 Mh.). 4. Kleine Druckstädte (Orte mit 0 bis 7 1/2 Proz. Kohlaufschlag) ab 15. März 20 Mh., ab 12. April weitere 5 Mh. (somit 25 Mh.). In Übereinstimmung mit der Kreisberechnungsstelle des Deutschen Buchdruckervereins, Kreis Frankfurt a. M., wurde der Feuerungszuschlag auf 700 Proz. erhöht.

In drei fast vollständig beleuchten Versammlungen (am 13., 15. und 16. März) nahmen die Mitglieder des Ortsvereins Gera Stellung zu dem vom Reichsarbeitsministerium gefällten Schiedsprüche, der von den Prinzipalen in Anbetracht des in Aussicht stehenden reaktionären Putschversuchs und dessen Gefolgen in dristischer Weise abgelehnt worden war. Auch die Geraer Kollegenchaft hatte versucht, dem Schiedspruch Anerkennung zu verschaffen, konnte aber erst zu Verhandlungen kommen, nachdem bereits festgestellt, daß die gegenrevolutionären Staatsstreicher das Spiel verloren hatten. Die von den Gehilfen gewählte Kommission trat deshalb am 16. März zu einer Verhandlung mit den Prinzipalen zusammen, deren Grundlage nun nicht mehr der Schiedspruch bildete, sondern weitere Zugeständnisse forderte. Die Forderung

der Gehilfen bestand in einer wöchentlichen Zulage von 50 Mh. (ohne Anrechnung der Karloffel- und Brotzulage) ab 15. März bis Ende April, Bezahlung der Generallstreiktag, angemessene Erhöhung der Löhne für die Beherlinge. Diese Forderungen wurden restlos bewilligt. Im Anschlusse daran vermochten auch die Vertreter der Hilfsarbeiter ihre Forderungen in befristeter Weise durchzusetzen. Gegen den nunmehr von den Prinzipalen angenommenen Schiedspruch mit seinen unzureichenden Zugeständnissen nahm eine Versammlung am 23. März unter heftigen Ausfällen auf Verbandsvorstand, Tarifinstanzen und „Korr.“-Redaktion in einmütiger Entschliebung Stellung.

Über die Behandlung der Pressefragen während des Generallstreiks in Halle a. d. S., wo bekanntlich ebenso wie in Berlin die Kapp-Putschisten anfänglich oben waren, entnehmen wir einem sehr ausführlichen Situationsbericht noch nachträglich einige allgemeininteressierende Angaben. Nach Ausbruch des Generallstreiks konnte lediglich das „Volksblatt“ noch einige Tage erscheinen, bis die Zuspaltung der Verhältnisse die militärische Besetzung des Betriebes und weiter dessen Einstellung herbeiführten. Es erlitten keinerlei Störungen, nur vereinzelt Flugblätter, die mit Hilfe von Beherlingen hergestellt worden waren. Eine Zusammenkunft der Zeitungsverleger mit dem Aktionsausschusse fand statt. Es wurde von ersteren die Berechtigung zur Herausgabe von Zeitungen in einer so kritischen Zeit gefordert. Nach langem Verhandeln kam der Aktionsausschuss zu dem Entschlusse, ein Mitteilungsblatt für die Bevölkerung herauszugeben, dessen Redigierung von den Redakteuren der U.S.P., der S.P.D. und der Demokraten gemeinsam besorgt wurde. Maßgebend für die Schaffung eines Mitteilungsblattes, das die Bevölkerung ein unbestreitbares Recht habe, von den Vorgängen, auch von Behaltmachungen, soweit sie nicht durch Anschlag erfolgten, Kenntnis zu erhalten. Hergestellt wurde das Blatt in der Druckerei des „Volksblattes“ (welche übrigens die materiellen Forderungen der Gehilfenschaft sofort anerkannt hatte). Später beschloß dann eine Versammlung von Parteifunktionären, vom 31. März ab das „Volksblatt“ unter allen Umständen erscheinen zu lassen, ohne Rücksicht auf die Zustimmung der Buchdrucker. Mit der Durchführung dieses Beschlusses würde ein eventueller über den Generallstreik hinaus andauernder Kampf der Halleischen Buchdrucker um ihre wirtschaftlichen Forderungen durchbrochen und ein Erfolg in Zweifel gestellt gewesen. Der überwiegende Teil der Versammlung am 29. März war sich denn auch darüber klar, daß der Streik geschlossen abgebrochen werden mußte, um keinen Rückschlag zu erleben. Eine in diesem Sinne gefasste, mit 345 gegen 108 Stimmen angenommene Resolution lautet: „Die zahlreich besuchte Versammlung der Halleischen Buchdrucker ist vollständig unbedeutend von dem mangelnden Gegenkommen der Prinzipale völlig hinsichtlich der aufgelisteten Forderungen als auch bezüglich der Bezahlung der politischen und wirtschaftlichen Streiktag; sie erklärt aber in Rücksicht darauf, daß auch die gegenwärtige politische Situation die baldige Wiederaufnahme der Arbeit in den Buchdruckereien erfordert, sich auf den Boden der von ihr gewählten Kommission geführten Verhandlungen zu stellen; sie spricht der Kommission ihren Dank aus und erklärt gleichzeitig den Abbruch des Streiks.“ Am 30. März erfolgte die Wiederaufnahme der Arbeit. Die vom Verbandsvorstande zugewilligte Streikunterstützung wurde von ungefähr 450 Kollegen erhoben, unter denen sich etwa 25 Nichtmitglieber befanden. Über die Zahl der beteiligten Gutenberglinder und Streich-Dunckerischen Buchdrucker sind uns genauere Zahlen nicht bekannt geworden. Auch ein Teil der Beherlinge ist aus den Betrieben herausgezogen worden, denen das Kostgeld als Streikunterstützung gegeben wurde.

In der vom Stuttgarter Kreisamt einberufenen Verhandlung am 20. März, die zur Annahme des Schiedspruchs für den IV. Tarifkreis führte, wurde angeregt, für die Pätz eine Sonderverhandlung einzuberufen, in welcher den besonderen Verhältnissen des besetzten Gebiets Rechnung getragen werden sollte. Diese Verhandlung fand am 26. März in Neustadt a. d. S. mit unter Mitwirkung der beiderseitigen Kreisvertreter statt und zeigte das Ergebnis, daß den verheirateten Gehilfen sowie den ledigen der Klasse C eine wöchentliche „Hilfszulage“ von 10 Mh., den ledigen der Klasse A und B eine solche von 5 Mh. ab 1. April zugestimmt wurde. Diese Zulage bleibt so lange in Geltung, bis durch das Tarifamt bzw. eine

von diesem dazu bestellte Anstanz eine anderweitige Regelung erfolgt.

In Meisse wurden die Forderungen der Gehilfen auf Anerkennung des Schiedspruchs nach zweieinhalbjährigem Streit durch Verhandlungen unter Vorsitz des Bürgermeisters Dr. Warmbrunn seitens der Prinzipale unter Vorbehalt anerkannt und die Nachzahlungen seit 1. März bewilligt. Bestellt waren am Streik 18 Verbandsmitglieder, 8 Wandler und 7 Unorganisierte sowie die Hilfsarbeiterinnen.

Ein Nachwort

Bei der letzten Tarifausschüttung haben die Vertreter der Prinzipale den Gehilfen wenig Entgegenkommen bezüglich der Lohnfrage gezeigt. Aber auch der gefällte Schiedspruch des Arbeitsministeriums brachte den Gehilfen nicht das, was heute den teuren Lebensverhältnissen entspricht. Der Schiedspruch hätte mindestens vom 1. März ab voll in Kraft treten müssen und nicht erst am 15. April. Die Gehilfen müssen sich nun jetzt mit dem Schiedspruch abfinden. Das letzte Mittel wäre der Streik. Ich möchte den Streik nicht gerade propagieren, zumal von der Regierung und von anderer Seite immer wieder geredet und geschrieben wird: Nur Arbeit kann das deutsche Volk retten.

Wir haben aber nicht nur die Pflicht, zu arbeiten, sondern auch ein Recht, zu leben, und das mögen sich unsere Prinzipale sowie die betreffenden Instanzen gesagt sein lassen: Unter den heutigen Lohnverhältnissen, die uns dieser minimale Schiedspruch bringt, ist es noch fast unmöglich, sich und seine Familie zu ernähren. Die Gehilfen kommen an Leib und Geld herunter und sind den Anforderungen der heutigen Zeit nicht mehr gewachsen. Wenn die „Zeitschrift“ davon redet, daß die Buchdrucker sich nicht an die Löhne der übrigen Arbeiterkategorien halten sollen, so muß doch gesagt werden, daß wir unsere Lebensmittel und alles, was heute zum Leben notwendig ist, doch gerade so teuer bezahlen müssen wie alle andern Berufe. Die ganze Sache dreht sich ja um die Preise für den notwendigsten Lebensunterhalt. Das sollte auch die „Zeitschrift“ wissen und weniger von den Löhnen anderer Arbeiter und der Buchdrucker reden, sondern mit scharfer Kritik die Preispolitik des Unternehmertums bekämpfen. Da liegt der Hund begraben.

Seilbronn.

A. Vater.

„Stereotypen und Galvanoplastiker, rüffet euch!“

Auch ich rufe euch zu: Kollegen, rüffet euch! Aber nicht im Sinne des Kollegen Chr. Fr. (Stuttgart), der mit seinem Artikel in Nr. 15 „Storr.“ Ausführungen macht, die in verschiedenen Punkten unzutreffend sind.

In erster Linie verlangt Fr. eine bessere Bezahlung der Stereotypen und Galvanoplastiker unter Hinweis auf die ungleich schwerere Arbeit und die größere Kleiderabnutzung den Sehern gegenüber, während die fortliche Bezahlung dieselbe ist. Hierin stimme ich dem Kollegen Fr. ohne weiteres zu. Auf der letzten Gauvorkseherkonferenz hat auch ein diesbezüglicher Antrag der Stereotypen und Maschinenmeister wegen einer Kleiderzulage vorgelegen, der allgemein als berechtigt anerkannt und den Gehilfenvertretern für die darauffolgende Tarifausschüttung zur Vertretung überwiesen worden ist. Die prinzipiell ablehnende Haltung der Arbeitgeber zu diesem Antrag ist im Beschlußprotokoll dieser Tarifausschüttung (Dezember) wiedergegeben. In einer Ablehnung aus Prinzip liegt aber auch eine gewisse Anerkennung der Berechtigung. Wir werden es also bei der Tarifrevision auf neue in anderer Form versuchen müssen. Kleiderzulagen werden übrigens einem Teil unserer Kollegen in verschiedenen Betrieben seit Jahren gewährt, und zwar ist mir eine Firma bekannt, die zur Zeit bis zu 7 Mk. wöchentlich bezahlt. Was also ein Teil der Prinzipale schon lange als berechtigt anerkannt hat, könnte auch in Form eines höheren Minimums tarifliches Gesetz werden.

Was nun die technische Ausbildung und Weiterbildung der Kollegen anbelangt, so läßt Kollege Fr. scharfe Kritik am ganzen System und will damit die Zentralkommission am schärfsten treffen, hat sich dabei aber füglich um die eignen Ohren. Er verlangt Besprechung der technischen Neuerungen, Abhaltung von Vorträgen und Austausch derselben unter den Vereinen, Erweiterung und Weitergestaltung sowie öfteres Erscheinen der „Mitteilungen“, Zuschuß vom Verbandsvorstande zwecks technischer Weiterbildung usw. Alles berechtigste Forderungen, deren Durchführung ohne erhebliche Geldmittel aber nicht möglich ist. Und da liegt der Hase im Pfeffer; denn leider trifft es zu, daß viele Kollegen für ihre eignen Produkte am wenigsten hergeben wollen. Wenn es sich um eine Weitererhöhung für technische Zwecke in Wort und Bild handelt, dann wird abgewinkt und die Verbandskasse soll auch diese Mahnen noch fragen, natürlich ebenfalls ohne Weitererhöhung. Wenn ich die Jahresberichte der Zentralkommission durchlese, so finde ich bei den Vereinsberichten, daß fast in jedem größeren Vereine jährlich mehrere Vorträge gehalten worden sind, auch im Stuttgarter Berichte sind solche vermerkt. Warum werden diese Vorträge der Zentralkommission für die „Mitteilungen“ nicht zur Verfügung gestellt, damit sie veröffentlicht und so Gemeingut werden können? Auf diesem Wege könnte sehr viel zur Aufklärung und Weiterbildung unserer Kollegen beigetragen werden.

Doch nun zur Lehrlingsfrage. Wenn Kollege Fr. die Nummern X und XII der „Typographischen Mitteilungen“

von 1919 verfolgt hätte, dann wäre es ihm sicher nicht eingefallen, die Ausbildung der Stereotypen und Galvanoplastiker aus den Reihen unserer Seherkollegen zu fordern. Aber dadurch beweist er gerade, daß ihm das Gebot der Seherlei noch vollständig fremd ist, und wie gering er auf der andern Seite seinen eignen Beruf einschätzt. Es würde zu weit führen, hier auf alle Einzelheiten des Seherberufs einzugehen, ich will daher nur kurz auf das äußerst reichhaltige wie schwierige Lehrprogramm des in den „Typographischen Mitteilungen“ veröffentlichten Entwurfs der neuen Lehrlingsordnung verweisen. Es wird mir jeder Seherkollege zugestehen müssen, daß bei einer vierjährigen Lehrzeit viel Aufmerksamkeit und großer Fleiß erforderlich sind, um die in den Jahreszeilen und Lehrgängen vorgezeichneten Arbeiten gründlich zu erlernen und sie auch praktisch ausführen zu können. Welche Zeit soll einem Lehrlinge da noch übrig bleiben, um den Stereotypen- und Galvanoplastikerberuf ebenso gründlich zu erlernen, zumal dieser doch wieder auf ganz andern Grundtönen aufgebaut ist als der Seherberuf? Bei einem dürftigen „Anlernen“ werden aber gerade die vom Kollegen Fr. angeführten Halbheiten bestehen bleiben und oben drein noch gefördert, wenn die Ausbildung der Seher als Stereotypen und Galvanoplastiker gar noch fälschlich festgelegt werden sollte. Gerade dagegen müssen wir uns ganz energisch wenden, um unsre berufliche Selbständigkeit nicht zu verlieren.

Genauso ist der Vergleich mit den Maschinenlehren vollständig unzutreffend. Der Maschinenlehre arbeitet auch an der Sehermaschine immer noch als Seher unter Anwendung aller seiner typographischen Kenntnisse. Wenn aber ein Seher zum Stereotypenberuf übergeht, so besitzt er damit ein ganz neues Gebiet, wo ihm seine typographischen Kenntnisse doch nur zum kleinsten Teile zugute kommen. Auch Seherstereotypen wird es vorläufig immer noch geben, weil sie eben als notwendiges Übel für kleinere Betriebe, die nun einmal keinen Stereotypen voll beschäftigen können, in Frage kommen.

In der Geschichte des Berliner Stereotypenvereins werden all die schweren und jahrelangen Kämpfe geschildert, welche die Berliner Stereotypen um ihre Selbständigkeit geführt haben. Und als 1906 die Aufnahme der Stereotypen in die Tarifgemeinschaft erfolgte und damit die gewerbliche Selbständigkeit unseres Berufs von der Prinzipals- wie Gehilfenorganisation anerkannt wurde, ging ein Zug der Erleichterung und neuer Hoffnungen durch alle Gemüter. Wenn aber ein Beruf wie der unsre infolge seiner technischen Entwicklung zur Selbständigkeit emporsiegt, so ist es Pflicht aller Kollegen, diese Selbständigkeit zu verteidigen wie zu festigen und nach jeder Seite hin zu fördern.

Dah aber ferner der größte Teil unserer Kollegen in bezug auf Lehrlingsausbildung doch eine andre Meinung hat als der Kollege Fr., wird von der Zentralkommission durch die in Heft XII der „Typographischen Mitteilungen“ von 1919 veröffentlichte Lehrlingsordnung auch für Stereotypen- und Galvanoplastikerlehrpläne voll auf zum Ausdruck gebracht. Auch hier werden unermüdlicher Fleiß und regstes Interesse zur Erreichung der gesteckten Ziele erforderlich sein, um später als Stereotypen oder Galvanoplastiker Fortkommen finden zu können.

Die Allgemeinen Bestimmungen der neuen Lehrlingsordnung geben aber bei strikter Durchführung volle Gewähr dafür, daß ein Knüppelrutschen von einem Berufe zum andern für die Folge nicht mehr so leicht möglich sein wird als bisher. Damit wäre dem Wunsche der Allgemeinen Rechnung getragen, und auch Kollege Fr. dürfte jubelnd zustimmen. Eine Verkürzung der Lehrzeit wäre jedoch eine große Gefahr für unsern Arbeitsmarkt, die durch Herabsetzung der Lehrlingslöhne weder beseitigt noch ausgeglichen werden könnte.

Darum, Kollegen, ist es unbedingt notwendig, eure bisherige Interesslosigkeit aufzugeben und eure Organisationsleistungen in allen ihren Bestrebungen für eine Weitergestaltung des ganzen Berufs- und Organisationslebens mit allen Kräften zu unterstützen.

Berlin.

A. S.-r.

□ □ □ Korrespondenzen □ □ □

Berlin. Am 1. April beging der bei der Firma Otto Eisner, K.-G., beschäftigte Korrektor Karl Köhler aus Wiesbaden sein 50jähriges Buchdruckerjubiläum. Nach beendeter Lehrzeit in der Buchdruckerei Rudolf Bechtold in Wiesbaden begab er sich alsbald auf die Reise und konditionierte in Alsenburg (S.-M.), Leipzig, Pöthenburg, Hannover, Frankfurt a. M., Mainz und Wiesbaden. Von den Eisnerischen Kollegen wurden dem Jubilar die verschiedensten Ehrungen zuteil.

-a- Erfurt. Zum ersten Male wieder seit dem verhängnisvollen Jahre 1914 hatte sich die Erfurter Kollegenchaft am 7. Februar zur Feiern ihres Stillsitzesfestes — das 37. seit Gründung des Ortsvereins — zusammengefunden. Freilich war es nicht dem Ausdruck solcher Freude über das kräftige Gedeihen unseres Zweiges am Starhen Verbandsbaume, nicht dem Frohsinn oder heilerer Geselligkeit gewidmet. Es war vielmehr eine in Form und Verlauf würdige Gedenkfeier zu Ehren der im Kriege gefallenen Erfurter Mitglieder des Verbandes; den 53 Opfern des Weltkrieges aus ihren Reihen galt die erste feierliche Verantwortung der Erfurter Kollegenchaft im Zeichen des „Friedens“. In dem an sich schon ernst und stimmungsvoll wirkenden Raume des Festsaals der Oberrealschule hatte sich eine zahlreiche Gemeinde, bestehend aus der fast vollständig erlöschenden Kollegenchaft, den Kriegerwitwen und sonstigen nächsten Angehörigen ge-

fallener Mitglieder des Ortsvereins, eingefunden. Das von dem hiesigen Kollegen Bernhard Bahn entworfene Programm, eine aus dem Westbamberr im Typographischen Klub als Siegerin hervorgegangene vor treffliche Leistung, in der Ohnenrothischen Muffinmuffin ausgeführt, paßte sich filigrant dem ganzen Charakter der Feier an, deren Durchführung auf künstlerischer Höhe stand. Das Orchester des Thüringer Landeskonzertorchesters in Erfurt unter Direktor Hausmann spielte zur Eröffnung das Largo aus dem „Concerto grosso“ von Sündel und das Madrigal für Orchester von Bach, die Orgel von Thalhammer und die Romantze F-Dur von Beethoven, in der Grünele Kappelmann vom Konservatorium das Violinolo übernommen hatte. Die Darbietungen des Orchesters standen auf künstlerischer Höhe. Der wußer zu staunender Stärke angewachsene Gesangverein „Eisenberg“ unter seinem langjährigen Leiter Herrn Herber hatte sich schwierige Aufgaben gestellt. Vortrefflich gelang ihm der Chor „Von Gelassenen“, von Stemming, und auch die beiden Männerchöre „Götterdämmerung“, von Zöllner, und Segars „Totenvolk“ legten ehrendes Zeugnis für das künstlerische Streben der wackeren Sängerkollegen ab. Den Mittelpunkt der Veranstaltung bildete die vom Kollegen Selinows (Leipzig) gehaltene Gedenkrede. Er bot ein Musterbild einer Totenrede, die so gar nicht auf Erleichterung der Hörer und so ganz auf den Aufbau des Wertes eingestimmt war, in dem die Toten eine Auferstehung erleben können und mögen. „Gehet die Toten in Euren Wirken! Führet zum Ziele, was sie begonnen! Bester Trostener aller Tränen bleibt die gegenständliche Tat.“ Die Mahnung zur Einigung der Arbeiterklasse, die Kollege Selinows dabei mit einflehen ließ, möge auf guten Boden gefallen sein. Kollege Schlotz mit seinem tabellos vorgetragenen Liede für Tenor „Kein Kalmlein wächst auf Erden“, und Kollege Oswald Reibhaus mit seiner wirkungsvollen Rezitation von Freiligraths „Am Birkenbaum“ fügten sich glücklich in den Rahmen der Darbietungen ein. Allen Mitwirkenden sei an dieser Stelle für ihre Mühe um das Gelingen des Ganzen herzlich gedankt. Der Gesamtheit der Erfurter Kollegenchaft und ihren Gästen wird diese Gedenkfeier als dauerndes Denkmal für ihre Toten allseitig im Gedächtnisse haften.

Grausatz. In einer Besprechung der hier beschäftigten Kollegen wurde die Weitergründung einer Mit gliedschaft beschlossen. Eine solche wurde zwar schon im Jahre 1907 gegründet, sie verfiel aber 1914 infolge der Einziehung vieler Kollegen zum Kriegsdienst leider der Auflösung.

Freiburg i. Sa. Kollege Eugen Schilling beging am 2. April sein 50jähriges Verbandsjubiläum. Unser Ortsverein hatte zu Ehren des Jubilars an diesem Tag, abends 7 Uhr, einen Sommersveranstaltet, zu dem die Mitglieder zahlreich erschienen waren. Die Feier nahm einen recht würdigen Verlauf. Verbands- und Gauvorksdirektoren den Jubilar durch Ehrenurkunde und Glückwunschschreiben. Kollege Eugen Schilling ist Mitbegründer unseres Ortsvereins und war auch verschiedene Male dessen Vorsitzender.

Gera. Am 4. Februar fand unsre gutbesuchte Jahreshauptversammlung statt. Vorsitzender Feustel gedachte zuerst in ehrenden Worten eines in Eisenberg verstorbenen Kollegen. Hierauf beglückwünschte er die Kollegen Karl Flehting und Oskar Stier zu ihrem 25jährigen Verbandsjubiläum. Unter „Vereinsmitteilungen“ wurde der Vorstand beauftragt, beim Tarifsamte die Erhöhung des Lokalzuschlags für Gera zu beantragen. Nachdem ein Kollege aufgenommen war, erfolgte der Kassenbericht für das vierte Quartal 1919, wofür ihm Entlastung erteilt wurde. Vorsitzender Feustel gab dann einen ausführlichen Jahresbericht. Der Mitgliederbestand Ende 1919 betrug 196. Die Ortskasse hatte 1919 eine Mehreinnahme von 809,30 Mk. zu verzeichnen. Die lang geplante Gründung eines Graphischen Kartells ist im abgelaufenen Geschäftsjahre zur Wirklichkeit geworden. Für Gauvorksaufstellungen wurden im Jahre 1919 über 1000 Mark aus der Ortskasse bewilligt. Die Höhe des Beitrags und der Unterstellungen blieben wie bisher. Auf Kartellbeschlüssen der österreichischen Gewerkschaftskollegen 180 Mk. aus der Ortskasse. Die Vergütung des Vorstandes wurde der Zeit entsprechend erhöht. Um die Generalversammlung des Verbandes nicht unnötig hinaus zu ziehen, wurden Anträge dazu und zum Gausatz nicht gestellt, sondern man unterstützte die Anträge des Verbandsvorstandes. Hierauf wurden 15 Kollegen als Kandidaten zum Gausatz aufgestellt, wovon 10 zu wählen sind. Bei der nun folgenden Vorstandswahl wurde der bisherige Gesamtvorstand bis auf den Vizepräsidenten wiedergewählt. Zum Schluß machte der Vorsitzende die Kollegen auf die Sehmvolkschaft aufmerksam und forderte vor allem die jungen Kollegen auf, die Schule zu besuchen. Weiter teilte er noch mit, daß die Firma Klingenstein in Roda einen Kollegen, der 30 Jahre seine Kräfte dem Geschäft geopfert hat, jetzt entlassen hat. (Kostentl. sah man diesem Begebenen nicht ruhig zu, sondern erinnerte sich der verschiedenen Verordnungen über die Entlassung gewerblicher Arbeiter. Red.)

Offenbach a. M. Am 8. Februar tagte unsre Hauptversammlung, die gut besucht war. Nachdem einigen Aufnahmeangelegenheiten entprochen, wurden die Jahresberichte des Bezirksvorstandes entgegengenommen und dem Kassierer Entlastung erteilt. Die Entschädigung des Bezirksvorstandes bewegte sich in zeitgemäßem Maße und die Neuwahlen zeigten so ziemlich das alte Bild. Nach einer Geldbewilligung für den hiesigen Schriftgelehreren trat Schluß der Versammlung ein.

Offenbach i. B. Die in wachen Kollegenkreisen bekannter hiesigen Kollegen G. Schnell und G. Gärtner

feiern am Osterdienstag ihr 50jähriges Berufsjubiläum. Kollege Edmüll lernte in Breslau, Gärtner in Osterode 1870—1875. Beide sieben seit über 40 Jahren in Offenburg bei Reiff & Co. in Koblentz. Die langjährigen Mitglieder und bewährten Funktionäre erliefen den Ortsverein in einer würdigen Feier, bei der auch Gau- und Bezirksvorstand vertreten waren. Möge den beiden Jubilaren ihre bisherige Tätigkeit noch manches Jahr erhalten bleiben!

Reckhoff. Am 1. April beging der Senior unseres Ortsvereins, der Korrektor Wilhelm Frenth, sein 50jähriges Verbandsjubiläum. Ausgelobt bei Oberl in Giltrow, trat er Johann 1870 in Koblentz bei Adlers Erben in Koblentz. Bei dem Neunhundertkampfe 1891 verließ auch Kollege Frenth seine Kondition. Nach dem ergebnislosen Verlaufe dieser großen Bewegung sah sich wie so viele andere Kollegen auch Kollege Frenth auf Pfaster gestellt. Mit noch vier Kollegen gründete er unter den bescheidensten Anfängen die sozialdemokratische „Medienburger Volkszeitung“. Schwere Kämpfe mußte das junge Unternehmen bestehen, bis es später von der sozialdemokratischen Partei übernommen wurde. Der Jubilar aber arbeitete noch heute in geistiger und körperlicher Frische als Korrektor in der „M. B.-Z.“. An seinem Geburtstag hatten seine Kollegen den Platz mit Blumen geschmückt und ehrten den Jubilar durch Geschenke. Der Ortsverein Koblentz wird den Jubilar am 16. April durch eine besondere Feier ehren. Möge unserm Senior ein freundlicher Lebensabend beschieden sein!

Sonneberg (S.-M.). Die aufgeschickte Generalversammlung am 1. Februar brachte zunächst den Jahres- und Kassenbericht. Aus der hierauf vorgenommenen Gesamtvorstandswahl gingen als wiedergewählt hervor: Kollege Hertel als Vorsitzender und Kollege Flechsig als Kassierer. Die tariflichen Verhältnisse sind hier gut und alle Steuerzulagen kamen anstandslos zur Einführung. Möge das Interesse der Kollegen für die kommende, ernste Arbeit erforderliche Zeit weiterhin rege bleiben, damit der wiedergewählte Vorstand nützbringende Arbeit entfalten kann.

Stolz (Pomm.). In der Hauptversammlung unseres Ortsvereins erstattete Vorsitzender Sarda den Jahresbericht. Die Wahl des Vorstandes ergab dessen Wiederwahl. Die Erhöhung des Kofatzzuschlags auf 10 Proz. wurde von den Kollegen freudig begrüßt und als ein guter Erfolg unseres Schilfenvertreters angesehen. Die Erledigung einiger dringlicher Angelegenheiten bildete den Schluß der Versammlung, in der die Kassennot den Kollegen so recht fühlbar wurde.

m. Tiffel. In der am 3. Februar einberufenen Versammlung — die erste im neuen Jahre — war zufriedenstellend besetzt. Nach Erledigung einiger interner Angelegenheiten schritt man zur Wahl des ersten Vorsitzenden, da Kollege Wulke, der zu diesem Amte beauftragt worden war, es wegen Überlastung plötzlich niederlegte. An seiner Stelle wurde Kollege M. S. S. durch Zuruf einstimmig gewählt. Alsdann wurden noch die Anträge zur Generalversammlung des Verbandes und zum Gausang in Königsberg beraten sowie die Delegierten zu letzterem aufgestellt.

□ □ □ □ Rundschau □ □ □ □

Berufliche Arbeitsbeschäftigungsfürsorge. Ein Schwere-Kriegsbeschädigter (Kriegsbeschädigtenversicherung), mit 60 Proz. Rente entlassen, sucht Stellung als Obermeister, Betriebsleiter oder als Stütze des Prinzipals. Antragsteller ist gelernter Maschinenmeister, 30 Jahre alt, und hat die Meisterprüfung bestanden. Mit Zweiarbeitsmaschinen, Zwillingsmehlmäschinen, Mischle-Pressen, Siegelbrückenpressen und sämtlichen Anlageapparaten vertraut, im Illustrations-, Aufzugs- und Farbendruckverfahren bewandert, auch mit Konstruieren. Angebote werden vom Sarlante der Deutschen Buchdrucker, Berlin SW 48, Friedrichstraße 239, erbeten.

Nachahmensewerkes Beispiel. In der Mannheimer Vereinsdruckerei (Heinrich Gütermann) konnten in letzter Zeit zwölf Seher auf eine Geschäftszugehörigkeit von 25 bis 35 Jahren zurückblicken. Aus diesem Anlasse wurde von dem derzeitigen Inhaber in der Osterwoche jedem Jubilar ein Geldgeschenk von 150 Mk. gespendet. Da in den letzten Jahren Geschäftsjubiläen in diesem Betriebe nicht mehr beachtet wurden, ist lobend zu erwähnen, daß der neue Firmeninhaber diese frühere Nichtbeachtung aufgehoben hat.

Reibliche Nahrung für geistige Kraft. Nach dem „Seitungsverlag“ ist eine Provinzialzeitung in Württemberg hinsichtlich der Beschaffung ihrer „Geldbeschäftigten“ zum festwährenden Naturalaustausch übergegangen. Die Begründung für diese zielgemäße Neuorientierung ergibt sich aus folgendem Rechenexempel. Das genannte Zeitung ihrem Leserkreis unterbreitete: „Ein Vierteljahresabonnementsunser Zeitung kostete früher 1,50 Mk. — 25 Eier zu 6 Pf., jetzt 9 Mk. — 15 Eier zu 60 Pf., also 10 Eier weniger. Oder mit anderen Worten: Unsere Zeitung ist im Verhältnis immer noch um 6 Mk. zu billig, der Verlag will nun seinen Lesern, soweit sie Mühsüßigkeit befehlen, folgendermaßen entgegenkommen: Wer seine Ableserpflicht nach den gesetzlichen Vorschriften erfüllt hat und an den Verlag oder an dessen Agenten 10 Eier absetzt, erhält die Zeitung ein Vierteljahr frei ins Haus geliefert.“ Dieses Beispiel hat zweifellos manches für sich. Nur verheben wir nicht, warum der betreffende Verlag 10 statt 15 Eier fordert. Sind nämlich die Eier in jeder Gegend

fastlässlich für 60 Pf. zu haben, so machen 10 Eier nur 6 Mk. aus, also immer noch 3 Mk. weniger als der vierteljährliche Bezugspreis. Das läßt die Annahme zu, daß der Verlag mit den ihm auf diese Weise zufließenden Eiern einen Sanbel mit wunderlichem Aufschlage vorhaben müßte, um auf seine Rechnung zu kommen. Entweder ist der angegebene Bezugspreis von 9 Mk. so hoch, daß der Verlag ein Drittel davon einbehalten kann, ohne Schaden an seiner materiellen Grundlage zu nehmen, oder die Eierrechnung läßt sich auf eine gewisse Spekulation, die dem Verlag auf Umwegen doch noch einbringt, was seiner geistigen Kraft, die er zu verabsäumen in der Lage ist, gleichwertig gegenübersteht. Das eine wie das andre hilft aber nicht darüber hinweg, daß hier wieder „Geschäftsgeheimnisse“ im Spiele sind, die man als Proben kaufmännischer und agrarischer „Geschäftstüchtigkeit“ nur als Zeichen der Zeit bewerten kann.

Verdoppelung des Verbandsbeitrags im Hilfsarbeiterverbande. Der Verbandsvorstand des Hilfsarbeiterverbandes sah sich ebenfalls genötigt, eine Beitragsverhöhung einzuführen, und zwar in der Form, daß ab 5. April der bisherige Beitrag in allen Klassen verdoppelt wird. Verdoppelung Beitragsmarken werden für den erhöhten Beitrag nicht ausgegeben; es gelten ab 5. April d. J. alle Beitragsmarken für das Doppelte des aufgedruckten Betrags. Gleichzeitig mit der Erhebung dieses Ertragsbeitrags wurde die Erhöhung der Streikunterstützung auf das Doppelte der bisherigen Höhe beschlossen. Die Begründung dieser Erhöhungen ergibt sich in den fortgesetzt steigenden Kosten für die Verwaltung, Serifikation und den Verband des Verbandsorgans, insbesondere aber durch die gegenwärtig schwebenden und in Vorbereitung befindlichen Lebensbewegungen, deren Durchführung bei den bisherigen Unterstützungssätzen Schwierigkeiten ergeben hat und noch ergeben würde.

Verfechtung der Neuordnung der deutschen Rechtsprechung. Infolge der starken Meinungsverschiedenheiten, die bei der öffentlichen Beurteilung der geplanten Neuordnung der deutschen Rechtsprechung zutage getreten sind, hat der Reichsausschuss beschlossen, die endgültige Entscheidung über diese Frage in seiner nächsten Sitzung zu treffen. Vorher sollen die Schulverwaltungen der Länder zu der Angelegenheit Stellung nehmen. Man ist die Lösung dieser Streitfrage auf unbestimmte Zeit verschoben, was schließlich noch das vernünftige ist. Wenn es haben sich in dieser Frage so viel Unklarheiten bis zu Wäckerlichkeiten ergeben, daß im Interesse der Sache eine viel vorsichtiger Abwägung aller Abänderungen geboten erscheint. Und dazu gehört Zeit und Ruhe. Durch diese Verfechtung der Reform erübrigt sich für uns auch der Ausdruck eines noch vorliegenden Urteils in dieser Frage, denn uns der Kollege Richard Kerber in Freudenstadt (Schwarzwald) einsandte.

Erneute gewerkschaftliche Abwehr reaktionärer Strömungen. Die obersten Zentren der an dem ihr Abwehr des Kappstahns Putsch durchgeführten Generalkonferenz beteiligten Gewerkschaften der Arbeiter, Angestellten und Beamten haben neuerdings gemeinsam mit den beiden sozialdemokratischen Parteien zu den politischen und reaktionären Nachwehen der Junker- und Pfälzerrevolle im Ruhrrevier und an anderen Orten Deutschlands Stellung genommen. Bezüglich der Verhältnisse im Ruhrrevier wurden zuvor die Berichte zuverlässiger Vertrauensleute, die zur Prüfung der Lage schon vorher nach dort entsandt und wieder zurückgekehrt waren, entgegengenommen. Diese ergaben ein wesentlich anderes Bild, als es zum größten Teil in der Tagespresse fast aller politischen Parteien zu finden war. Infolgedessen tragen auch die Forderungen der Zentralinstanzen der organisierten Arbeiterschaft einen wesentlich anderen Charakter, als dies nach offiziellen oder sonstigen Berichten von inmerdeutschen „Kriegschauptleuten“ in den letzten Tagen zu erwarten gewesen wäre. Am 6. April haben der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund, vertreten durch A. Legien, die Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände, vertreten durch M. Urban, der Deutsche Beamtenbund, vertreten durch M. Lange, die Berliner Gewerkschaftskommission, vertreten durch D. Ruch, und die beiden sozialdemokratischen Parteivorstände von der Reichsregierung die Erfüllung folgender Maßnahmen mit allem Nachdruck verlangt: „1. Jurisdiktion der Reichswehr aus der neutralen Zone. Die Aufrechterhaltung der Ordnung obliegt den nach dem Beschlusse der Reichsregierung zu bildenden Ortswehren. 2. Klein Einmarsch der Reichswehr südlich der Ruhr. 3. In dem von der Reichswehr außerhalb der neutralen Zone befehligten Gebiete sind die Ortswehren sofort zu bilden, worauf der Rückzug der Reichswehr sofort erfolgt. 4. Die Vorgänge in Wilhelmshaven, Altenburg usw. verlangen sofortige Abhilfe. Die verfassungstreuen Unteroffiziere und Mannschaften sind zu schützen, die abgelehnten unzuverlässigen Offiziere sind nicht wieder zu verwenden, sondern der Bestrafung zuzuführen. Das Kabinett wird durch den Reichswehrminister sachlich unter persönlicher Garantie gegen die Weiterverwendung unzuverlässiger Führer wirken. Kontroversrevolutionäre Formationen, wie Brigade Erhardt usw., sind sofort aufzulösen. 5. Auf die preussische Regierung wird eingewirkt, damit die Reorganisation der Sicherheitswehren durch Einstellung organisierter Arbeitnehmer schneller zur Durchführung gelangt.“ Wir glauben an dieser Stelle darauf verzichten zu können, unsern Lesern die Berechtigung dieser Forderungen noch besonders begründen zu müssen. Sie enthalten das Mindeste dessen, was heute jeder vernünftige denkende Mensch eigentlich als selbstverständlich betrachten sollte. Bedauerlich bleibt nur, daß solche Forderungen erst gestellt werden müssen.

Konsumgenossenschaftlicher Kuffler! Nach den neuen Zusammenstellungen beträgt die Zahl aller Mitglieder der deutschen Konsumvereine insgesamt 3200000. Die Konsumvereinsmitglieder sind zumest Haushaltungsvoorkräfte; jedes Mitglied repräsentiert eine Familie. Die Gesamtheit der konsumgenossenschaftlich erfassten Volksgenossen beträgt somit 13 bis 16 Millionen, mit andern Worten: der vierle Teil des deutschen Volkes ist konsumgenossenschaftlich organisiert.

□ □ □ □ Literarisches □ □ □ □

„Das deutsche Buchgewerbe.“ Im Verlage des Allgemeinen Deutschen Sprachvereins ist kürzlich das 12. Verzeichnissbuch der Sachausdrücke aller Berufszweige des deutschen Buchgewerbes erschienen. Die Beschreibungen des Allgemeinen Deutschen Sprachvereins gehen bekanntlich dahin, die deutsche Sprache von fremdsprachlichen Ausdrücken zu reinigen. Zur Erläuterung dieses Zweckes geht der Verein auch dazu über, die fremdsprachlichen Sachausdrücke der verschiedenen Gewerbe zu verdeutschen. Er wandle sich deshalb vor mehreren Jahren an das deutsche Buchgewerbe mit der Bitte um Mithilfe. Dem Deutschen Buchgewerbeverlei zu Leipzig wurde ein Sprachauswahlsbuch in 12 Bänden in 10 Sprachen in 10 Sprachen buchgewerblich zusammengestellt. Das Ergebnis der mehrjährigen, durch den Krieg recht erschweren Arbeit des Ausschusses ist das vorliegende Heft. Es bietet Norddeutschlingen für die Sachausdrücke sämtlicher Berufsweige. Auch eine Anzahl der Gemeinprache angehöriger Ausdrücke (und Einträge in das Verzeichnis). Ob das Ziel, das sich der Allgemeine Deutsche Sprachverein mit der Verdeutschung der fremdsprachlichen Sachausdrücke gesetzt hat, wirklich erreicht werden wird, darf man bezweifeln. Am liebsten Aufstellungen in Geschichtsbüchern von vornherein zu besorgen, ist darauf hingewiesen, daß den für die Mitarbeiter an den fachlichen Verzeichnissbüchern vorgesehenen Vereinen unseres Verbandes aus uns unbekanntem Gründen keine Möglichkeit dazu gegeben wurde. Das 48 Seiten umfassende Heft ist zum Preise von 1,55 Mk. (einschl. des Steuerzuschlags) von der Geschäftsstelle des Deutschen Buchgewerbevereins in Leipzig zu beziehen.

„Gedanken über zukünftige Krankenpflege.“ Aus Vorträgen über biologische Therapie von Dr. Koch. In diesem kleinen Buche, das den Vorzug kürzester Fassung wohl zu sehr erreicht, spricht ein erfahrener Arzt aus seiner (Lunenburg-)wanzigjährigen Tätigkeit nicht in doktrinärer Wissenschaftlichkeit, sondern in lebenswahrer und lebenswarmer Menschlichkeit über das, was unter Krankheitspflege verstanden wird, und was meistens in völliger Verkennung der körperlichen Erfahrungen dagegen zur falschen Anwendung kommt. Es ist kein sogenanntes „Arbeitsbuch“, nach dessen Lesen man die Entscheidung macht, ansonst viel Krankheitsfälle zu leiden, sondern man lernt daraus mit bewundernder Anschaulichkeit, wie natürlich alles Kranksein ist, und wie einfach eigentlich die Wege sind, um davon wieder zu befreien. Das Buch ist in der Lehre des Lebens beruhend, die Krankenbehandlung ist die für jeden sich daraus ergebende Erkenntnis, wie falsch unter Versteigerung über die Ursachen der Krankheiten sind, und wie man dementsprechend die Behandlung einleiten soll. Die Krankheiten sind nicht zu vermeiden, sondern sie sind zu vermeiden, aber die zweckentsprechende Krankheitspflege des Menschen ist die wirksamste Maßnahme nicht minder bedeutungsvoll. Doch gibt für Dr. Koch nicht als (analytischer) Prediger des Vegetarismus; er hält sich auch von Einseitigkeiten der Naturheilmethoden frei. Das Kapitel „Euthanasie“ zeigt uns, wie ungeheuer viel auf diesem Gebiete von jungen und alten Eltern, nicht am wenigsten aber von den Ärzten der noch vorherrschenden medizinischen Wissenschaft getrieben wird. Mit diesen geht er oft — verständlicherweise — über das Maß hinaus und zeigt uns für unzulässige Sin und dem demselben Maßstab, wie Opfer bringen muß. Die Schriftweise ist von einer Gedächtnis, die allen zu eigen ist, die wirklich etwas zu sagen haben. Wer dieses kleine, aber einprägsame Buch in seinem Hausbesitz hat, nicht für sich und seine Familie damit nur, Kollegen, die Mitglieder von Naturheilvereinen sind, erhalten es für 8 Mk. durch ihren Verein, sonst ist noch ein Steuerzuschlag zu entrichten. Auslieferung durch Gustav Koch, München, Untere Wiener Straße 2. Auch die Beschaffung für unsere Vereinsbibliotheken erscheint rasch.

□ □ □ □ Verschiedene Gänge □ □ □ □

„Die Leipziger Mutterkresse.“ 4. Jahrgang. Nr. 6. Amtsliche Zeitung des Reichsausschusses für die Mutterkresse in Leipzig. Jährlicher Bezugspreis 2 Mk. für das Inland, 3 Mk. für das Ausland. **„Die Glocke.“** Enzyklopädisches Halbmonatsschrift. Herausgegeben von Marcus. Nr. 48. 5. Jahrgang. 2. Band. Nummer 50. Verlag für Sozialwissenschaft, G. m. b. H., Berlin SW 68. **„Die Neue Zeit.“** Wochenschrift der deutschen Sozialdemokratie. Nr. 23. 88. Jahrgang. 1. Band. 50 Pf. Verlag von J. S. W. Dieckhoff, in Stuttgart. **„Richtstrahlen.“** Zeitschrift für Internationalen Kommunismus. Herausgegeben von Julian Borchardt. Sonderheft 1. März. 5. Jahrgang. 1920. Erscheint Mitte jeden Monats. Preis 70 Pf. Verlag der „Richtstrahlen“, Berlin-Niederschlesien, Schwedischer Platz 1.

□ □ □ □ Gestorben □ □ □ □

In **Nachen** am 23. Februar der Seher Franz Baumann von dort, 48 Jahre alt — Grippe; am 16. März der Seher Sebastian Bongard von dort, 63 Jahre alt — Epilepsieerkrankung. In **Niedersachsen** (Hannover) am 20. März der Drucker Richard Kühne aus, 61 Jahre alt — Grippe. In **Barmen** am 18. März der Seher Fritz Schmitt von dort, 61 Jahre alt — Lungentuberkulose. In **Bochum** am 6. März der Maschinenlehrer Johannes Ruch aus Cappel, 21 Jahre alt. In **Eberfeld** am 17. März der Seher Emil Emstinghoff, 23 Jahre alt — Angina pectoris. In **Waldgamb** am 4. März der Seherinvalide Anton Bommersheim von dort, 58 Jahre alt. In **Konstanz** am 21. Februar der Seher Franz Koffack, 28 Jahre alt — Lungentuberkulose. In **Kürnberg** am 16. Februar der Seher Michael Böckl aus Dippelsdorf, 47 Jahre alt. In **Kuerfurt** am 21. Februar der Seher August Glich, 46 Jahre alt. In **Stettin** am 6. März der Maschinenlehrer Heinrich Ebert aus Deutsch-Neuland, 25 Jahre alt; der Galvanoplastiker Gustav Berthold aus Zauerode, 57 Jahre alt; der Seher Fritz Späth aus Stettin, 24 Jahre alt. In **Strasbourg** der Seherkollektur Hans Vogl. In **Niedersachsen** (Hannover) am 23. Januar der Drucker Alois Wier aus Münden, 43 Jahre alt. In **Wittenberg** am 20. Februar der Seher Robert Koch aus Leipzig, 62 Jahre alt.

□ □ □ □ Briefkasten □ □ □ □

B. B. In G. 1. Briefteil findet Aufnahme. 2. Wir haben in dem sogenannten Oppositionsartikel erklärt, es solle mit dieser Zeitung beendigt werden. Auf der Generaterversammlung wurde jedoch noch darüber zu sprechen sein. Von diesem Standpunkte gehen wir nicht ab. Was Sie einwenden möchten gegen das Gelesene an bewährter Stelle, kann eben nicht überleben wie andres, was noch zu sagen wäre. — B. C. In H. 2. Abt. wird nicht über Erfolg. In Ihren Ausführungen geht es über das hinaus. Was Sie in die wie ein solches Märchen aus der Zeit. In den Jahren aus über diesen Märchen recht getrennt. In G. 1. Briefteil Thema wäre von uns schon behandelt worden, aber es läßt sich nicht mehr über andres noch kein Brief aufbringen. — B. G. In Stuttgart. Die Mitteilungen der Schilke

